

Auf zum letzten Gefecht ... ?

Überlegungen zu den EU-Wahlen

Norbert Hagemann

Welchen Beitrag soll die EU zukünftig bei der Lösung der sich auf-türmenden Probleme leisten – einen positiven oder einen, der diese weiter verschärft? Das beschreibt den Kern der Wähleranforderungen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Zahlreiche Parteien wichen klaren Aussagen aus und setzten vielmehr auf Wählermotivation durch Angst, als ginge es nicht um das ökologische Überleben, den Ausbau von Rechten und Werten, eine Frieden erhaltende internationale Kooperation oder das Beherrschen der tagtäglich gelebten Umbrüche in der Arbeitswelt und den Lebensverhältnissen, sondern um eine finale Schlacht zwischen dem dunklen Nationalen und dem strahlenden Supranationalen der EU.


Gelinge es nicht, das in der EU Erreichte gegen den Ansturm der Rechten zu verteidigen, so die Botschaft der Christdemokraten und Liberalen, würden die Töpfe des Wohlstandes in Europa für alle versiegen. Bei den Morgenluft witternden Rechten die gleiche, wenn auch umgekehrte Botschaft: Schaffe man es nicht, die ewigen Eliten von den Hebeln der Macht zu vertreiben, reiche es nicht mehr für alle und man erkenne sich am Ende nicht mehr selber, als Deutscher, Ungar, Pole, Italiener, Tscheche oder Österreicher. Die Grünen und Sozialdemokraten entzogen sich zwar einer solchen Polarisierung, aber auch der Komplexität der anstehenden Gestaltungsaufgaben. Vor allem letztere blieben mit simplen Losungen wie „Macht Europa stark“ deutlich neben den Interessen und Erwartungen ihrer Wähler und suggerierten unverändert Alternativlosigkeit. Links versuchte man politisch konkreter als früher zu sein, löste aber nicht den Widerspruch, etwas verändern zu wollen, was man als strukturell unveränderbar betrachtet. Die unter Linken durchaus laufenden Diskussionen zur politischen Neuaufstellung wurden am Ende dem Luxus geopfert, europaweit gegeneinander anzutreten.

Die Wahlergebnisse sind klar, deren Wirkungen aber noch nicht

Erstmalig seit Jahren stieg die Wahlbeteiligung wieder an. Der Grund hierfür war aber nicht die geschürte Angst, sondern eine gestiegene Politisierung der Wähler. Für eine finale Schlacht ließ man sich nicht

gewinnen, auch nicht, als sich die Nationalkonservativen und Rechts-extremen wahltaktisch „reformorientierter“ gaben und die Parteien des Brüsseler Establishments begannen, vorzugeben „problembewusster“ zu sein. Am Ende hat keine der Seiten ihre „ausgerufene“ Schlacht gewonnen: Die bisher führenden Christdemokraten verloren klar an Unterstützung und zugleich setzten sich die Rechten trotz Erfolgen nicht durch. Verloren haben auch die Sozialdemokraten, wodurch das bisherige Modell, Politik alternativlos zu gestalten, gescheitert ist. Die Liberalen wuchsen nur Dank einer Allianz mit Macron und die Grünen vor allem durch den Zuwachs in Deutschland. Die europaweiten Verluste der Linken werfen diese hinsichtlich ihrer Möglichkeiten der politischen Beeinflussung um Jahre zurück.

Somit bestätigten diese Wahlen vor allem, was an Entwicklungstrends schon erkennbar war. Bekannt war, dass sich seit Anfang der 1990er-Jahre in immer mehr EU-Mitgliedstaaten tiefgreifende Umbrüche in den Parteiensystemen vollziehen, dass sich die politische Repräsentanz immer differenzierter entwickelt und die etablierten Akteure ungeachtet zunehmender Krisen weiterhin zwischen Ideenlosigkeit und dem Festhalten an politisch bereits abgewählten Konzepten schwanken. Neu hingegen ist, dass sich aus den Abstürzen der Christdemokraten und Sozialdemokraten in Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und zum Teil auch in Spanien eine andere Dynamik bei der Politikgestaltung im Europäischen Parlament ergeben kann. Ob sie destruktiv wirkt oder zur Lösung der angestauten Probleme beiträgt, ist offen, denn unklar ist, welche Schlussfolgerungen man aus den Wahlen zieht und ob und wer sich zu einem gemeinsamen Handeln finden wird.

Dass die CDU bereits erklärt hat, dem deutschen EVP-Spitzenkandidaten bei der Sicherung deutscher Interessen in Brüssel den Rücken stärken zu wollen, würde einen Bruch der Verträge bedeuten. Es signalisiert zugleich ein Festhalten an der spätestens seit der Griechenlandkrise und dem Fiskal-pakt aus Berlin vorangetriebenen Politik des Rückbaus der EU. 

Dr. Norbert Hagemann

geb. 1953, Studium der internationalen Beziehungen (Moskau), 2010–2018 Mitarbeiter im Europäischen Parlament; Senior Research Fellow am WeltTrends-Institut für Internationale Politik

norberthagemann@web.de

